

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
 Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
 Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer, Berlin
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148
 Fernsprecher A7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
 Eingetragten in der Reichspostzeitungsliste

Der Bundesausschuß des ADGB zum 1. Mai

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat am 19. April folgenden Beschluß gefaßt:

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßt den 1. Mai 1933 als gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit und fordert die Mitglieder der Gewerkschaften auf, im vollen Bewußtsein ihrer Pionierdienste für den Maigedanken, für die Ehrung der schaffenden Arbeit und für die vollberechtigte Eingliederung der Arbeiterschaft in den Staat sich allerorts an der von der Regierung veranlaßten Feier festlich zu beteiligen.

Der Bundesausschuß erinnert in diesem Zusammenhang die Regierung und die gesamte Öffentlichkeit erneut an die Notlage der arbeitslosen Massen und spricht die Erwartung aus, daß die Regierung die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden ohne Verdienstschnmälernng für die Arbeiter baldigst durchführen möge.

Ebenso dringlich ist es, daß die Bemühungen der Regierung um Arbeitsbeschaffung und Siedlung mit allem Nachdruck weiter gefördert werden. Die Gewerkschaften sind nach wie vor bereit, diese Bemühungen mit allen Kräften zu unterstützen.

Kostspielige Wirtschafterei

In den Zeitungen liest man jetzt viel von einer Umformung der Wirtschaft; die Mißstände im Wirtschaftssystem sollen gründlich beseitigt werden. Da scheint es wohl auch angebracht, auf die Mißstände hinzuweisen, die durch die Konzerne, Syndikate, Truste und andere Vertriebsgesellschaften eingerissen sind, die einen großen Teil der Arbeitserträge für sich vorweg nehmen. Bekannt ist, daß es viele Firmen gibt, deren Inhaber nur gezwungenermaßen diesen Gebilden angehören. Es müßte den Unternehmungen, die sich nur infolge „sanften Druckes“ diesen Gesellschaften angeschlossen haben, bei dieser Umformung die Möglichkeit gegeben werden, aus diesen Zwangsgebilden auszutreten. Der Zwang zum Beitritt hat zur Folge, daß den kleineren und mittleren Unternehmen das Fortkommen erschwert wird. Eine Verbilligung der Syndikatserzeugnisse ist infolge der überhöhen Direktionsgelder und der sonstigen „Unkosten“ vollständig unmöglich. Es ist nicht zu bestreiten, daß mancher Fabrikant, der nur gezwungen diesen Gesellschaften beiträgt, seine Erzeugnisse billiger auf den Markt bringen würde, wenn er frei wäre. Er könnte es auch, wenn ihm der Austritt gestattet wäre. Das ist aber den Mitgliedern dieser Vertriebsgesellschaften bei hohen Vertragsstrafen verboten.

Der angeschlossene Unternehmer ist auch jeder Selbständigkeit und persönlichen Initiative beraubt. Eine Erweiterung seines Arbeitskreises ist durch die ihm vom Syndikat zugeteilte Quote, das heißt durch den ihm zugeteilten Lieferungsanteil, ausgeschlossen. Sein Streben wird dadurch matt gesetzt. Hat ein Unternehmen die ihm erteilten Aufträge frühzeitiger als vorgesehen erledigt, so werden ihm durch das Syndikat erst wieder Aufträge zugewiesen, wenn die anderen angeschlossenen Firmen ebenfalls die zugewiesenen Aufträge fertiggestellt haben. Das kann mitunter einige Monate dauern. Der Unternehmer ist dann gezwungen, die von ihm Beschäftigten zu entlassen. Denn sich selbst Aufträge zu beschaffen, die Kundschaft zu besuchen, das ist dem einzelnen Syndikatsmitglied verboten. Der Unternehmer ist gewissermaßen ein Sklave der Syndikate und anderer Vertriebsgesellschaften. Daß diese Zustände eine schlechte Rückwirkung auf die Wirtschaft haben, ist einleuchtend. Die Mißstände treffen ja nicht nur den einzelnen Unternehmer, oft auch werden durch sie Arbeiter und Angestellte benachteiligt.

Nur ab und zu erfährt die Öffentlichkeit etwas über die außerordentliche Höhe der Syndikatsumlagen. Ein unverdächtigter Zeuge, die Bergwerkszeitung, brachte unlängst einen Artikel, in dem ein Kenner der Verhältnisse sein gequältes Herz ausschüttete. Der Mann berichtete, daß „heute tatsächlich in der weiterverarbeitenden Industrie Verbände existierten, die eine Umlage von 15, 18, ja 20 vH des Umsatzes ihrer Mitglieder beanspruchten“. Der kundige Mann führte weiter aus, daß diese Verbände „ein recht beschauliches Dasein führten“ und offenbar mehr „der Unterbringung von Geschäftsführern dienten als der Gesundung und Entwicklung der angeschlossenen Betriebe“.

Über die Bezahlung der Herren Verbandssyndizi ist nur ab und zu etwas durchgesickert. So erfuhr man von Bezügen des Direktors des Röhrenverbandes, die unbestritten in der Presse mit 110 000 Mark angegeben wurden. Auch das Jahresgehalt des Syndikus des Verbandes der Zigarettenindustrie soll 120 000 Mark betragen. Hinzu treten noch „Nebenbezüge“. Des weiteren unerhört hohe Gehälter der Direktoren des Ostelbischen Braunkohlensyndikats und anderer Geschäfte. Ob daran in jüngster Zeit etwas gebessert wurde, ist in der Öffentlichkeit, soweit wir zu sehen vermögen, nicht bekannt geworden.

So sieht es in der Wirtschaft aus. Eine übersetzte und phantastisch bezahlte, risikolose Wirtschaftsbürokratie, die willkürlich schaltet und waltet. Ihre Fettämchen sind ja gesichert. Die Kosten dieses Zustandes tragen Staat und Verbraucherschaft. Statt Einstellungsprämien für Arbeiter und Angestellte, wären viel wirksamer Entlassungsprämien für Direktoren und Verbandssyndizi. Auch wäre für die „Sanierung“ der Wirtschaft ein Aufräumen mit den skandalösen Riesenlöhnen in der Privatwirtschaft wesentlich dienlicher, als die fortgesetzte „Senkung der Gesteuungskosten“, das heißt der Arbeiterlöhne. Das wäre sicher auch ein Schritt zur Beseitigung der wirtschaftlichen Gegensätze! Ist es vielleicht in einer Zeit der Not, wie der jetzigen, gerechtfertigt, daß ein geringer Personenkreis derartig hohe Einkünfte bezieht von einer Wirtschaft, die dauernd nach Staatsubventionen schreit?

Immer anpacken!

Es gibt immer genug Leute, die mit aufgekrempeelten Ärmeln herumlaufen und herzlich gern anpacken würden, wenn nur nicht die jeweilige Lage so hundsmiserabel wäre. So warten sie denn und warten, mit der Hoffnung auf den lieben Gott oder auf die Entwicklung, je nachdem wie sie sich weltanschaulich abgestempelt haben.

Mit der Entwicklung ist es indes auch eine besondere Angelegenheit: Entwicklung ist an sich — ohne unser Zutun — nichts anderes als Veränderung, als Abwicklung. Sie kann sowohl gut als auch schlecht sein, Himmel oder Hölle, Leben oder Tod. Bei einer Lungenerzündung zum Beispiel kann die Entwicklung, die Krise, zur Gesundung führen oder auch zum Sterben. Ebenso ist es mit einer Kultur- oder einer Wirtschaftskrise.

Der verstorbene Naturforscher Th. Zell hatte schon vorgeschlagen, statt Entwicklung lieber Abwicklung zu sagen, weil mit dem Begriff der Entwicklung leicht eine Phantasiekraft verbunden wird, die so freundlich sein soll, uns immer einen besseren Tag zu bescheren, wenn es heute zu ungemütlich ist und wir nur warten.

So gefällig ist das Natur- und Kulturgeschehen nun nicht, es gibt zuweilen harte Bissen zu kauen. Und daß die Götter vor jeden Erfolg den Schweiß und die Anstrengung gesetzt haben, ist sogar ganz gut: Die Welt ist nicht aus Brei und Mus geschaffen, der Mensch kann immer allerhand Abenteuer und Offenbarungen erleben.

Immer? Man muß da an den Mann denken, der sich so furchtbar gern waschen wollte, nur war ihm eine Schüssel zu klein, er wollte das ganze Meer haben. Und weil er das nicht haben konnte, blieb er schmutzig.

Viele Leute zeigen sich gänzlich abgeneigt, wenn sie auf das Goethewort stoßen: Immer, wie das Leben auch kommt, ist es gut. Ist es gut? So fragen sie, wie es kommt, immer? Im Grunde steckt aber doch nur die alte Lebensregel hinter dem Satz, daß man alle Dinge von der besten Seite nehmen soll: Das Leben ist immer bunt, mannigfaltig und vielgestaltig, und der nach Schöpfergaben drängende Mensch kann getrost vielem die kalte Schulter zeigen und behält doch genug, das ihm liegt und wo er anpacken kann.

Freilich müssen wir da lebendig, müssen wir wach sein mit allen Sinnen und beständig wie ein Scheinwerfer auf dem Posten. Wir müssen leuchten und absuchen, ob und wie sich das Feld der Tatsachen um uns und in uns verändert, und wir müssen unser Bewußtsein wie unsere Aufgaben den erfolgten Änderungen anpassen.

Das will nicht immer so leicht gehen. Es ist ja nicht nur so, daß alles fließt, nach einem alten Wort, daß nichts beständig ist als der Wechsel, es gibt als Gegensatz auch das Gesetz der Trägheit: jede Kraft möchte ihre erhaltene Bewegungs- und Wirkungsrichtung behalten. Mit dem Menschen ist es nicht viel anders. Er benimmt sich oft wie der Hund, wenn er einen Hasen jagt. Der Hase sucht sich wohl zu retten, indem er durch eine rasche Wendung einen größeren Vorsprung zu erlangen sucht. Der Hund rennt ja, verblüfft, wohl erst noch einige Sprünge in der alten Richtung weiter, bis er dahinter kommt, daß er sich umstellen muß. Muß, wenn er den gesetzten Zweck erreichen will!

Wir wollen auch nicht wännen, daß wir nur dann dabei zu sein brauchten, wenn es gelte, im Handumdrehen irgend eine abschließende Entscheidung zu vollbringen. In Gottfried Kellers Geschichte kanzelt die Mutter ihren Jungen ab, dem sie die Jacke aufs Feld bringt, damit er zur Wahl gehe. Sie kanzelt ihn als vermessen und hochmütig ab, als der Sohn meint, seine Stimme wäre wohl nicht so wichtig, sie gebe doch nicht die Entscheidung. Tatsächlich verändert es ja aber schon das Gewicht aller abgegebenen Stimmen, wenn ein Wähler auch nur zu Hause bleibt.

Anpacken! Immer ist es Zeit, irgendwie, immer ist es möglich, irgendwo. Immer aber gilt es auch, die Segel nach dem rechten Wind zu setzen, nach dem Wind, den man hat. Es ist töricht, darauf zu warten, daß sich die Welt nach uns stellt, wir müssen uns vielmehr nach der Welt stellen.

Hoffnung ist gut und lebensnötig, sie muß indes auf Erkenntnis der Wirklichkeit gegründet sein. Wir kämpfen, weil wir gläubig sind, singt die Jugend. Ohne Glaube kein Wille und keine Tat. Aberglaube kann aber auch viel schaden und niederreißen, was in guter zuversichtlicher Hoffnung aufgebaut wurde.

Falsch wäre auch die Annahme, daß das Anpacken Lob und Ruhm und geräuschvolle Anerkennung bringen müsse. Alles wirklich Große wächst und reift in der Stille. Alle Kraft ist gehalten und ruhig, Schwächegefühl äußert sich dagegen schon leicht in äußerer Unruhe.

Wenn wir anpacken wollen, nehmen wir die guten Beispiele, wo wir sie finden. Nichts falscher und verderblicher als abschließende Selbstgerechtigkeit: Wenn das Haus des Sozialismus einmal gebaut sein wird, werden viele Werkleute auf ihre besondere Mitarbeit schauen können. Und des können sich dann alle freuen. Wie sagt Schiller von Freund und Feind:

Teuer ist mir der Freund, doch auch den Feind kann ich nützen;
 zeigt mir der Freund, was ich kann, zeigt mir der Feind, was ich soll!
 Anpacken!

Zum 1. Mai

*Wir sind es, die die Arbeit ehren,
 Die Arbeit, die uns alle nährt,
 Die Arbeit, der wir viel entbehren,
 Die Arbeit, die den Wohlstand mehrt.
 Sie formt den Stoff, sie baut, gestaltet,
 Erforscht die Rätzel der Natur,
 Sie ist es, die die Welt verwaltet,
 Sie ist der Grundstein der Kultur.*

*Die Arbeit gibt uns Kraft zum Leben,
 Gibt uns ein Ziel, das uns beglückt,
 Ereibt uns zu sozialem Streben,
 Wenn uns des Daseins Not bedrückt.
 Die Achtung, die man allerwegen
 Gewährt dem schaffenden Verstand,
 Gebührt auch der so fleißig regen
 Und schöpferischen Arbeitshand.*

*Drum sei dem Werkmann, der die Erde
 Wie Atlas auf dem Rücken trägt,
 Für alle Mühe und Beschwerde
 Ein Maistrauß auf den Tisch gelegt.
 So mag der 1. Mai verkünden
 Sein Werk mit hellstem Sonnenschein!
 Der 1. Mai soll hoch in Ehren
 Als Tag der Arbeit heilig sein.*

Victor Kalinowski

Aus dem Inhalt

	Seite
Der Bundesausschuß des ADGB zum 1. Mai	
Immer anpacken — Kostspielige Wirtschafterei	91
Landwirtschaft als Völkerschicksal	92
Lieb waren die Mädchen — aber schlau	93
Wie geht es am Arbeitsgericht zu?	94
Wie stehts mit der Wirtschaftskrise?	95
Schweigen ist Gold — aber nicht im Rechtsleben	96

Landwirtschaft als Völkerschicksal

Die Weltagrarkrise entstand in der Nachkriegszeit durch das Zusammenspiel einer Anzahl von Ursachen, die hier nur mit wenigen Stichworten angedeutet werden können. Die Rationalisierung der landwirtschaftlichen Produktion, insbesondere auf überseeischen Gebieten — Mährescher, Traktoren —, die Bebauung neuer, bisher nicht benutzter Bodenflächen (zum großen Teil als Folge der Motorisierung der landwirtschaftlichen Produktion), die Verdrängung des Pferdes durch das Auto, Wandlungen im Verbrauch landwirtschaftlicher Produkte, die die Nachfrage nach diesen Produkten sinken ließen, Versuche zur künstlichen Preissteigerung von agrarischen Rohstoffen und Lebensmitteln, die zur überflüssigen Ausdehnung der Anbauflächen führten. Dies alles löste eine Agrarkrise von ungemeiner Heftigkeit aus. Unverkäufliche Vorräte, niedrige und dauernd sinkende Preise, Mißverhältnis zwischen den Preisen industrieller und landwirtschaftlicher Produkte, die als landwirtschaftliche „Schere“ bezeichnete Erscheinung, waren die unheilvollen Folgen dieser Entwicklung.

Als dann zur bestehenden Agrarkrise die Stockung der Industriewirtschaft, durch die Weltagrarkrise erheblich verschärft, und die Agrarkrise ebenfalls weiter verschärfend hinzukam, entstand jene allgemeine Krise der Wirtschaft, unter der die Welt auch heute noch leidet. Waren in der Industriewirtschaft Produktionseinschränkung und Arbeitslosigkeit die Folgen der Krise, so äußerten sich diese in der Landwirtschaft in anderen Formen. Dort wurde die Produktion in aller Regel nicht eingeschränkt, jedenfalls wesentlich weniger als in der Industriewirtschaft. Dies kann aus der Natur der landwirtschaftlichen Produktion erklärt werden. Die Zersplitterung der landwirtschaftlichen Betriebe und die gegenüber den Industrieunternehmen viel langsameren Reaktionen der Landwirte, insbesondere der Bauern, auf veränderte Preisverhältnisse sind die Hauptursachen dafür, daß die Landwirtschaft in der Krise eher mehr denn weniger produzierte als zuvor. Dennoch schrumpften die Erlöse der Landwirte noch mehr als die der Industrieunternehmer zusammen, so daß sie vielfach selbst ihre Produktionskosten nicht zu decken vermochten.

Da nämlich bei gleichbleibendem oder steigendem Angebot an landwirtschaftlichen Produkten die Nachfrage nach ihnen, zum Teil wegen der eingangs erwähnten Strukturänderungen, zum Teil wegen der Krise der Industriewirtschaft und der Kaufkraftminderung der industriellen Arbeiterschaft infolge von Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lohnsenkungen gewaltig zurückging, sanken die landwirtschaftlichen Preise noch viel stärker als die Preise der Industriewaren. Der Druck der unverkäuflichen Warenvorräte auf die Preise war in der Landwirtschaft noch größer als in der Industrie.

Da nun die Landwirtschaft in den meisten Ländern verhältnismäßig noch stärker verschuldet war als die Industrie, wurden die landwirtschaftlichen Schulden, angesichts des Preissturzes, der den Landwirten einen um so geringeren Erlös ließ, je größere Mengen sie verkauften, immer drückender. Die Landwirte wurden zahlungsunfähig. In Ländern, die der billigen Konkurrenz des Auslandes besonders ausgesetzt waren, drohte zudem diese Konkurrenz mit Vernichtung für die eigene Landwirtschaft. Die Maßnahmen, die von den Regierungen in dieser Lage ergriffen wurden, bewegten sich in zweierlei Richtungen. Einmal wollten sie die Folgen der Zahlungsunfähigkeit von den Landwirten abwehren, indem sie die verschiedensten Arten von Schuldnerschutz gewährten: Zinsnachlässe, Zahlungsaufschübe, Verbote der Zwangsvollstreckung usw., wozu noch direkte Subventionen des Staates in Gestalt von Zinszuschüssen, Garantieübernahmen bei Umschuldungen

zwecks Zinsermäßigung oder Umwandlung kurzfristiger Kredite in langfristige kamen.

Die zweite Reihe von Maßnahmen bezog sich auf die Fernhaltung einer Konkurrenz, die den nationalen Landwirtschaften mit Vernichtung drohte. Neben Zoll-erhöhungen, deren Ausmaß alles bisher Bekannte weit übertraf, wurden die verschiedensten Arten der Einfuhrbeschränkung: Einfuhrverbote, Kontingente, Verbrauchszwang für inländische Produkte, Einfuhrmonopole usw., angewendet, um die Konkurrenz des Auslandes auszuschalten. Beide Gruppen von Maßnahmen, die, welche den Schuldnerschutz betrafen und die, welche die landwirtschaftliche Einfuhr einschränkten, hatten freilich, wie es anders nicht möglich war, ihre schweren Schattenseiten. Der Schuldnerschutz gab häufig auch solchen landwirtschaftlichen Betrieben Schutz, die ihn nicht nötig hatten und zerstörte darüber hinaus vielfach die Grundlagen des landwirtschaftlichen Kreditwesens. Die Einfuhrbeschränkungen waren im allgemeinen größer als erforderlich; sie ließen, indem sie zu handelspolitischen Störungen führten, den Welthandel noch mehr zusammenschrumpfen, als er sonst wegen der Krise hätte zurückgehen müssen. Die inländischen Preissteigerungen, die infolge der Einfuhrbeschränkungen eintraten, waren in vielen Fällen zu hoch und belasteten übermäßig die Verbraucher.

Von der Tragweite dieser Störungen soll hier nicht weiter die Rede sein, nur so viel, daß diese Störungen sehr tiefgehend waren und sind. Dennoch kann es keinem Zweifel unterliegen, daß beide Gruppen von Notmaßnahmen als notwendiges Übel angesehen werden müssen, die die Verhältnisse der Weltagrarkrise erzwingen. Mag auch das Ausmaß der Schutzmaßnahmen übertrieben, ihre Verwendung in vielen Fällen falsch gewesen sein, so ließen sie sich trotz ihrer wirtschaftsstörenden Wirkung nicht vermeiden.

Es hat sich trotzdem ergeben, daß Schuldnerschutz und Schutz vor ausländischer Konkurrenz an sich nicht ausreichen, um das Problem zu lösen. So wurde ein neuer Weg eingeschlagen: die Regelung der Produktion landwirtschaftlicher Produkte und auch deren Preise durch den Staat. Die Maßnahmen, die zu diesem Zweck auf Grund des neuen Agrargesetzes in England und des Gesetzes, das in den Vereinigten Staaten vor der Annahme steht, ergriffen wurden, sind in der Wirtschaftspresse nicht mit Unrecht als wirtschaftsrevolutionär bezeichnet worden. Der Staat nimmt die Regelung der Produktion in die Hand, sowohl um deren Einschränkung in organisierter Form durchzuführen, wie auch um die Produktionseinstellungen entsprechend der zu erwartenden Nachfrage nach Agrarprodukten zu beeinflussen. Als selbsttätige Folge der Produktionsregelung und darüber hinaus auch durch besondere darauf gerichtete Maßnahmen soll auch die Preisentwicklung in einem viel stärkeren Maß beeinflußt werden, als das bisher möglich war.

Auf Einzelheiten der beiden wichtigen Gesetze können wir hier nicht eingehen. Es soll nur ihre gewaltige Bedeutung auch als Maßnahmen auf dem Wege der Planwirtschaft betont werden. Zwar sind sie ebenso, wie die oben erwähnten, Notmaßnahmen, für die das amerikanische Gesetz sogar die Absicht erklärt, sie nach Behebung der Agrarkrise zu beseitigen, zwar werden diese Maßnahmen ebenso Nachteile haben und Wirtschaftsstörungen verursachen wie die oben besprochenen Schutzmaßnahmen, so bleibt dennoch der Versuch einer planmäßigen Bestimmung der Größe und Richtung der Produktion wie der Höhe der Preise ein Versuch, dessen Bedeutung nicht hoch genug angeschlagen werden kann.

A. H.

Sind die Löhne zu hoch?

Nachdem der politische Umbruch bis zu einem gewissen Grade geschehen ist, kann man füglich erwarten, daß die Reichsregierung das wirtschaftliche Problem, das brennendste und auch schwierigste, in Angriff nimmt. Hier steht die Lohnfrage weit im Vordergrund. Über die Art ihrer Lösung gehen bekanntlich die Meinungen weit auseinander. Wie richtig das ist, zeigt aufs neue eine Darlegung des Freiherrn v. Stumm im Berliner Börsen-Courier (Nr. 179). Unter der Spitzmarke „Mensch und Maschine“ schreibt der Freiherr unter anderem:

„Der Lohn, besonders des ungelerten, aber auch des gelehrten Arbeiters, ist in Deutschland immer noch viel zu hoch. Wenn auch der Vergleich mit dem Jahre 1913 verhältnismäßig schwierig ist, so ergibt sich doch bei möglichst genauen Vergleichen eine Erhöhung zwischen 20 und 40 vH... Der wirtschaftlich unbedingt notwendige Senkung der Löhne stehen zur Zeit zwei Tatsachen entgegen, welche sie praktisch fast unmöglich machen. Das eine ist der Umstand, daß die Lebenskosten gar nicht gesunken sind, wie die Preise von Lebensmitteln und Rohstoffen das eigentlich veranlaßt haben müßten. Das ist die Folge teilweise der besagten zu lange hochgehaltenen Löhne, vielmehr aber die der ungeheuren Lasten steuerlicher und sozialpolitischer Art, die sowohl auf dem Produzenten wie dem Händler ruhen... Der zweite Umstand ist der, daß für die angebotene Arbeit kein Bedarf vorhanden ist. Wird aber nun durch eine Lastenentlastung eine Verbilligung der Ware und damit eine Belebung des Konsums und der Produktion herbeigeführt, so erhebt sich die Frage, ob dann der Arbeiter bereit sein würde, billiger zu arbeiten, das heißt für den Betrag, den er jetzt im Monat verdient und der einigmaßen für sein Leben ausreicht, nicht nur 20, sondern 26 Tage im Monat zu arbeiten. Nachdem nun einmal die Auswirkung von Angebot und Nachfrage bei sinkender Konjunktur gänzlich ausgeschaltet worden ist, wird sie auch bei sich bessernder Konjunktur ausgeschaltet werden müssen. Sonst bessert sich eben letzter Endes die Konjunktur nicht. Ich würde gerade unter der jetzigen Regierung eine derartige Ausschaltung für erreichbar halten... Was wir brauchen, sind möglichst billige Rohstoffe, landwirtschaftliche Produkte und Fertigfabrikate, möglichst niedrige Löhne und Lasten.“

Diese Ausführungen bezogen, daß dem Freiherrn noch unbekannt ist, welche able Erfahrung man allerwärts mit der Lohnkürzung gemacht hat. Überall wurde die Lohnkürzung damit begründet, daß sie die Verbilligung der Warenpreise nach sich ziehe, folglich werde der Arbeiter keine Einbuße erleiden, weil er sich ja dann mit dem niedrigeren Lohn noch ebensoviel Lebensgüter kaufen könne. Diese Behauptung hat sich indes überall als blauer Dunst erwiesen. Entweder ist die in Aussicht gestellte Preisentlastung ganz ausbleiben oder sie war

viel geringer als die Lohnsenkung. Auf jeden Fall ist durch die mit so niedlichen Vorwänden schmachtend gemachte Lohnkürzung die Kaufkraft weiter vermindert und die wirtschaftliche Stockung verschlimmert worden.

Das war, was es noch einmal zu betonen, überall der Fall. Ware es anders, dann hätte ja überall dort, wo die Löhne gekürzt worden sind, eine Milderung der wirtschaftlichen Misere eintreten müssen. Daß dies nirgends eingetreten ist, wohl aber das Gegenteil, weiß heute selbst der oberflächlich Gebildete. Die Lohnkürzung ist wirtschaftlich so töricht und kulturell so abschreckend, daß die Reichsregierung nicht geneigt sein dürfte, den gefährlichen Kreislauf fortzusetzen. Auch der Lohnarbeiter ist nicht gewillt, sich mit neuen Eingriffen in die Lohnhöhe abzufinden. Denn er muß die Krisenheilung Eisenharter Art mit seinem Brottessen bezahlen. Und er ist auch deshalb gegen die Fortsetzung des grausamen Spiels, weil dadurch, wie alle Welt weiß, die wirtschaftliche Misere nur noch heillos gemacht wird.

Rebellion gegen die Großkonzerne

Langjährige bestehende Spannungen innerhalb der Wirtschaft kommen jetzt zur Entladung. Wie stark die Gegensätze der einzelnen Wirtschaftsgruppen sind, beweist eine Kundgebung, die von der Eisen- und Stahlwarenindustrie kürzlich nach Hagen einberufen war. An dieser nahmen Unternehmer, Angestellte und Arbeiter in großer Zahl teil. Man wandte sich in scharfen Worten gegen die Unterdrückung der verarbeitenden Industrie durch die großen Eisenkonzerne. Durch das Eindringen der Konzerne in die verarbeitende Industrie sei in der Mittel- und Kleinstindustrie eine Krise wie noch nie ausgebrochen. Die großen Konzerne wären in Wirtschaftskreise eingedrungen, die früher ausschließlich der Kleinstindustrie vorbehalten waren. Die Konzerne hätten durch ihre Preisbildung die Kleinstindustrie vollständig ruiniert. Das Trümmerteil der leerstehenden, auch im Gemäuer schon zusammenbrechenden Fabriken sei der sichtbarste Beweis dieser durch die Großkonzerne betriebenen Wirtschaftspolitik. Die fertigverarbeitende Industrie müsse die überzetzten Eisen- und Kohlenpreise der Konzerne bezahlen, wodurch sie gegenüber ihren Konkurrenten sehr ins Hintertreffen geraten. Das müsse als Wirtschaftskorruption und als ein Mißbrauch der Machtstellung der Großkonzerne bezeichnet werden.

Es wurde dieser Versammlung mitgeteilt, daß ein Staatskommissar in Reichswirtschaftsministerium einmütig worden ist zur Unterbrechung der Konkurrenzverhältnisse zwischen den schwerindustriellen Konzerne und den freien verarbeitenden Industrie. Der Geschäftsführer der NSDAP Wagner aus Bochum er-

klärte, daß eine Umstellung innerhalb der Eisenwirtschaft notwendig sei. Jedoch müsse die organische Umgestaltung in langsamer Zusammenführung der Linien von den verschiedenen Gebieten aus bis zur harmonischen Vollendung versucht werden.

Bezeichnend ist, daß der Sturm der Entrüstung sich hauptsächlich gegen die Vereinigten Stahlwerke AG richtet, jenes Großunternehmen, das vom Reich indirekt beherrscht wird. Es wurde ein „Kampfbund für die freie Industrie“ ins Leben gerufen, der den Kampf gegen die Konzerne fortführen soll.

Die Rebellion der kleinen Fabrikanten gegen die Trusts ist wohl verständlich. Aber annehmen wollen, daß sie zu etwas Ersprießlichem führt, wäre zu gewagt. Es ist sicherlich beachtenswert, nun von den Fabrikanten selbst zu hören, daß die großen Konzerne die Kleinstindustrie ruiniert haben und nicht, wie man oft aus dem Fabrikantenlager hörte, die Lohnpolitik der bösen Gewerkschaften. Wir Gewerkschafter haben diese handgreifliche Tatsache fort und fort betont. Erfreulich, daß nun sogar auch die Fabrikanten dahinter gekommen sind.

Sondergeschäft für gewisse Industrien

Es ist eine alte Erfahrung, daß Staatsumwälzungen einen Vorteil für gewisse Gewerbe mit sich bringen. Die Staatsumwälzung in Deutschland hat ebenfalls für einige Industrien eine Belebung zur Folge gehabt. Einzelne Zweige der Textilindustrie konnten größere Aufträge infolge des Bedarfs an Uniformen und unförmigen Kleidungsstoffen hereinbringen. Das Baumwollgewerbe profitierte ferner an dem Massenbedarf an Fahnen, Standarten, Wimpeln und Armbinden. Da sich seit dem 30. Januar zahlreiche Fackelzüge durch die Straßen der Städte und Dörfer bewegten, hat auch diese Industrie einen zusätzlichen Bedarf befriedigen können. In Deutschland ist nach der Umstellung das Verlangen nach Abzeichen ganz gewaltig gewachsen. Daraus ergab sich eine Hochkonjunktur für die betreffenden Gewerbe.

Die deutsche Braunkohlenindustrie

Eine ausführliche Abhandlung des „Wirtschaftsdienst“, Heft 14, beschäftigt sich mit der gegenwärtigen Lage der deutschen Braunkohlenindustrie. Sie geht davon aus, daß im Gegensatz zum stark ausfuhrgebundenen Steinkohlenbergbau die Beschränkung der Braunkohle auf den Binnenmarkt und die Befriedigung des Hausbrandbedarfs dieser Industrie eine gleichmäßigere Beschäftigung gesichert habe als solchen Industriezweigen, die durch ihr Angewiesensein auf Ausfuhr den Schwankungen des Weltmarktes stärker ausgesetzt sind. Während im Braunkohlenbergbau die Minderförderung 1932 und 1931 gegenüber dem betreffenden Vorjahr 8 und 9 vH ausmachte, betragen die entsprechenden Sätze für den Steinkohlenbergbau 12 und 17 vH. Der Abstieg der Produktion hat die einzelnen Braunkohlenreviere verschieden stark betroffen. Am fühlbarsten ist der Produktionsrückgang im ostelbischen und mitteldeutschen Bezirk gewesen, der neben dem Bedarf der Brikettfabrikation vor allem den Bedarf bestimmter Großabnehmer, wie der Teerschwelereien und Benzinhersteller, befriedigt, und daher stärker den konjunkturellen Schwankungen unterworfen ist.

Am günstigsten hat das rheinische Braunkohlenrevier abgeschnitten. Während die deutsche Braunkohlenförderung des Jahres 1932 gegenüber 1925 durchschnittlich um 12 vH gesunken ist, liegt die Förderung des ostelbischen Reviers um 18 vH und die des mitteldeutschen Reviers mit 16 vH unter diesem Durchschnitt. Dagegen sank die Förderung des rheinischen Bezirks nur um 2 vH, konnte also weitgehend die Stellung des Jahres 1925 halten. Die ungleichmäßige Entwicklung dieser drei Reviere, auf die 98 vH der gesamten deutschen Braunkohlenförderung entfallen, hat den Anteil der einzelnen Bezirke in den letzten Jahren merklich verändert und zugunsten des Rheinlandes verschoben. Auch in der Briketttherstellung, die das eigentliche Rückgrat des Braunkohlenbergbaues bildet, nimmt das Rheinland wiederum eine Sonderstellung ein, da sein Brikettabsatz nur um 4 bis 5 vH, der Absatz sämtlicher Reviere im Durchschnitt dagegen um 8 vH zurückging.

Was die künftigen Absatzverhältnisse betrifft, so ist der zunehmenden Verwendung von Braunkohle als Quelle der Elektrizitätsversorgung die entscheidende Bedeutung beizumessen. Der Anteil der Braunkohle an der Stromerzeugung der deutschen öffentlichen Elektrizitätswerke betrug 1928 noch 42 vH und dürfte gegenwärtig bereits 50 vH überschritten haben, während der Anteil der Steinkohle von 39 vH im Jahre 1925 auf 35 vH zurückging. Der wachsende Elektrizitätsbedarf dürfte in erster Linie der Braunkohle zugute kommen, da die Lage des Kapitalmarktes den sehr kostspieligen Ausbau der Wasserkraftwerke in nächster Zukunft nicht gestatten dürfte. Schon jetzt versuchen die großen öffentlichen Stromerzeuger, sich durch Abschluß langfristiger Lieferungsverträge oder durch Aufkauf von Unternehmen mit großen Brennstoffreserven billigen Braunkohlenstrom zu sichern. Der Kampf der Elektrowerke um Einfluß in der Verwaltung der Ilse AG, deren Kohlenvorräte auf 1½ Milliarden Tonnen geschätzt werden, und der Erwerb der Mehrheit des Rheinbraun-Konzerns (Rheinische AG für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation) durch das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE) sind deutliche Etappen in dieser Entwicklung.

Die deutsche Eisenindustrie in der Rohstahlgemeinschaft

Die jahrelangen Verhandlungen über die Reform der internationalen Rohstahlgemeinschaft, die die Festsetzung von Exportquoten für die angeschlossenen Länder zum Ziel hatten, sind durch die neuen Besprechungen ein gutes Stück weiter gekommen. Die bisherigen Abmachungen beschränkten sich im wesentlichen darauf, die inländische Eisenproduktion der Mitglieder zu kontrollieren und für die Überschreitung dieser Quoten hohe Strafgelder festzusetzen. Für den Weltmarkt und den Export dieser Länder mußten diese Abmachungen so lange unwirksam und lückenhaft bleiben, bis nicht auch die Ausfuhr von Eisenhalbzeug selbst durch Festsetzung von Länderquoten kartelliert war. Diesen Schritt haben die neuen Abmachungen grundsätzlich getan, die sich weitgehend den von deutscher Seite gemachten Vorschlägen anpaßten.

Die neuen Quoten umfassen die Ausfuhr von Halbzeug, Trägern, Stäbelen, Universaleisen, sowie Grob- und Mittelblechen. Deutschland erhielt eine Quote von 28 vH, Belgien von 29 vH, Luxemburg von 22 vH und Frankreich von 21 vH. Für das Funktionieren dieser Abmachungen werden die Ausführungsbestimmungen, die noch nicht fertiggestellt sind, von Bedeutung sein. Wie verlautet, soll auch der bisherige Name der internationalen Rohstahlgemeinschaft abgeändert werden in „Rohstahlexportgemeinschaft“.

Verordnung über die Lohnzahlung am 1. Mai

Der Reichsminister des Innern hat für den 1. Mai eine Verordnung über die Lohnzahlung erlassen. Nach dieser Verordnung vom 20. April wird die infolge des Festhaltens der nationalen Arbeit ausfallende Arbeitszeit bezahlt, und zwar soweit Tarifverträge die Bezahlung ausfallender Arbeitszeiten an Wochenfeiertagen vorsehen, nach den Bestimmungen der Tarifverträge. Im übrigen ist der regelmäßige Arbeitsverdienst für die ausfallende Arbeitszeit zu zahlen.

Lieb waren die Mädchen — aber schlau

Die Sonne ging schon hinter dem Hügelkranz von Nagasaki unter, als ich das Gasthaus oben auf dem Berge erreichte. Der Rickschamann, der mich hierhergekartt hatte, lief durch den Garten voraus, um die Ankunft des seltsamen Gastes anzumelden. Währenddessen hielt ich ein wenig Umschau. Schön war es hier oben, kein Zweifel. Drunten, am Fuße des Berges, glitzerte der Hafen im Abendsonnenschein. Eigenartige Segler schoben sich durch die Hafenfurt. Jenseits des Wassers qualmten die Schloten einer Schiffswerft. Diesseits ein Gewürg von schmalen Gäßchen mit einem breiten Quai. Kurz: Nagasaki, die westliche Hafenstadt Japans.

Die allernächste Umgebung fesselte nicht minder. Das blitzsaubere Gärten bildete eine japanische Landschaft im Westentaschenformat. Hier hatte eine kunstgeübte Hand geschaffte Es barg Buschgrößen, ein Flußbett und ein Berglein. In den Büschen thronten bronzene Göttheiten, an den Wegen steinernes Getier, gräßlich dreinschauend, um böse Geister davonzuschrecken.

Mit der Betrachtung der lieblichen Sachen noch nicht halb fertig, winkte der Rickschamann, näher zu kommen. Auf der Empore vor dem Haus knieten zwei Mädchen und lachten mich an. Ich kniete ihnen gegenüber, senkte den Kopf mehrere Male auf die Matten, dabei dumpf, aber artig, murmelnd. Die beiden Gegenüber taten also. Nachdem wir uns so begrüßt und uns Glück gewünscht hatten, wurde ich in das Zimmer geführt.

Eine Zimmervermittlerin in Nagasaki hatte das Haus damit empfohlen, daß es europäisch sei und es darin einem Weißen, zumal einem Junggesellen, sicherlich gefallen werde. Ein so gelobtes Haus betritt man natürlich mit gespannter Erwartung. Von dem Europäischen war in dem Zimmer indessen nichts zu bemerken. Die Hoffnung, Stuhl und Tisch zu finden, erfüllte sich auch nicht. Die Mädchen schichteten zum Sitzen drei dicke Polster übereinander. Dann brachten sie eine Kanne Tee und einen Sandtopf mit glimmernder Kohle zum Pfeifenanstecken. Hernach fächelte mir das eine frische Luft zu, das andere kniete vor mir nieder, um eine Unterhaltung zu führen — in englisch. Das Mädchen war sehr neugierig. Sie fragte, wie alt ich sei, ob noch unverheiratet, wieviel Söhne ich habe und ob meine Mutter schon „unter der Treppe schlafte“? — Nein, meine Mutter sei noch nicht gestorben. Auch die anderen Antworten mußten das Mädchen hochbefriedigt haben, denn das braune Gesichtchen lächelte ganz entzückend. Das andere Mädchen freute sich gleichfalls, obwohl es von dem fremdartigen Zwiegespräch offenbar nichts verstand.

Unten auf der See waren die letzten Strahlen längst verschwunden. Mich dünkte es Zeit zum Abendessen. In diesem heidnischen Lande wird aber erst gebadet, ehe man zu Abend ißt. So gingen wir denn zu Dritt zur Badestube.



Diese Mädchen zeigten, im Gegensatz zu fast allen ihren Landsmänninnen, was sich schick! Noch ehe ich das Hemd ganz abgestreift hatte, zogen sie sich diskret zurück. Der Einfluß der nahen Hafenstadt mit den dicken und spindeldünnen Moralkisten made in England machte sich hier geltend. Ich konnte mich nun ausziehen, ohne mich stiftlich bedroht zu fühlen. Sich allzuweit von dem Gast im Badezimmer zu entfernen, hielten aber die Mädchen nicht für schicklich, denn in dem Schlitze der Schiebetür wetzten sich zwei Plattnasen — natürlich nur, um aufzupassen, ob der Fremdling nicht weiblicher Hilfe bedürfte.

Das Abendessen verlief überaus befriedigend. Es gab grasartiges Gemüse, sogar ein Ei und gebratenes Fleisch, zudem stand ein verdächtig dampfender Reistrog zum Leeren bereit. Während des Essens glaubte ich zu bemerken, daß noch ein Gast im Hause sei: Hinter der Papierwand huschten Schatten hin und her, eine Männerstimme ließ sich hören und Mädchengekicher. Bald erklangen die strummigen Töne einer Samissen, und halb klagend, halb jauchzend eine weibliche Stimme.

Die Entdeckung war so reizend, um ihr nicht auf den Grund zu gehen. Ich schickte das Mädchen hinüber mit der Bitte, Gesellschaft leisten zu dürfen. Gleich darauf kam ein japanischer Herr durch die Schiebetür und bat mich in leidlichem Englisch, teilzunehmen an seiner Unterhaltung. Er käme hier und da mal von der Stadt herauf und freue sich, jetzt einen Europäer zu treffen. Die Anwesenheit einer Geisha und der große Napf Saké (Reisschnaps), den er bestellte, ließen auf ziemlichen Wohlstand schließen.

Die Stimmung konnte bald nicht mehr aufgeweckter sein. Dazu hatte wohl der Saké viel beigetragen. Die Mädchen reichten die Näpfchen mit dem heißen Zeug fleißig herum, sich selbst nicht vergessend. Sang und Saitenspiel der Geisha wurde immer übermütiger. Ihre Körperbewegungen desgleichen. Mitternacht war lange vorüber, als ich mich zurückzog. Die beiden Mädchen hatten mein Lager auf dem Boden schon hergerichtet. Erst als sie sich umständlich versichert hatten, daß ich gut unter dem Moskitonetz verstaut lag, knieten sie nieder und wünschten gute Nacht.

So angenehm wie der erste Tag verliefen die andern vier. Die Zimmervermittlerin hatte diesmal nicht zu viel versprochen. Denn daß ein europäischer Junggeselle hier oben gut gepflegt war, wurde ich mit jedem Abend mehr inne. An jedem Morgen kamen die Mädchen und erkundigten sich artig nach dem Wohlbefinden des Gastes, bepuderten seine Wunden, die ihm die Stechmücken über Nacht beigebracht hatten — und dabei stellten sie gelehrte Betrachtungen über die Nützlichkeit der weißen Hautfarbe an.

Bei solcher Kurzweil waren die fünf Tage unversehens vorüber. Länger konnte ich leider nicht bleiben. Der Reiseplan mußte unbedingt eingehalten werden. Denn drüben in China wurde ich an einem Dutzend Stellen erw. tet. Für den nächst-täglichen Postdampfer war die Überfahrt längst belegt. Um das Schiff ja nicht zu verpassen, war ich ja schon einige Tage früher in Nagasaki angekommen. Zwei Rickschaleute wurden schon für den frühen Morgen des Ausreisetages bestellt, um ja zeitig an Bord zu sein. Die beiden Burschen hielten indessen eine zu frühe Fahrt zum Hafen für ganz untaulich. In weniger als einer Stunde würden sie mich und meinen Koffer bombensicher zum Hafen fahren. Daß er sehr nahe sei, könnte ich ja mit eigenen Augen sehen.

Die Vorbereitungen zur Trennung von dem lieblichen Berggasthaus zogen sich unbegreiflich stark in die Länge. Die Mädchen machten sich immer wieder mit ihrem Gast und seinem Gepäck zu schaffen. Es war der Liebe jetzt wahrlich etwas zu viel. Aus Dankbarkeit zahlte ich einen Jen den Tag mehr als verabredet worden war. Aus Freude darüber backten sie noch ein paar Reiskuchen und holten einige Blumen. — Drunten im Hafen ruderten schon die Fahrgäste an Bord!

Endlich machten die Rickschaleute Anstalten zum Gehen. In einer Stunde wollten sie am Hafen sein. Na, es waren noch fast zwei Stunden bis zur Abfahrt des Dampfers. In einer guten Stunde erreichten wir die ersten Häuser von Nagasaki. Ich trieb die Fuhrleute zur Eile an. Sie fingen jetzt mächtig an zu traben. Der Schweiß floß nur so von den braunen Fassaden.

Ob wir uns dem Hafen näherten, war wegen der Enge der Häuserreihen nicht festzustellen. Immerhin, die Rickschaleute trabten wie besessen. Mir kam es vor, als ob sie in dem Häusergewürg hin und her fuhren. Nun fing auch ich zu schwitzen an und das nicht zu knapp — Da, mit einem Male, standen wir am Quai. Mit sorgenvollen Blicken spähte ich nach dem Dampfer. Ja richtig, dort vorne lag er — nein, er drehte gerade zur Ausfahrt um! Als wir an die Landungsstelle kamen, schwamm er schon im breiten Fahrwasser.

Himmel — — —! Ver . . .! Gottver . . .! Ich schrie nach einem Boot! Brüllte zu einem Motorboot hinüber! Ich wurde zwar gehört, aber nicht erhört. Ein Haufen herumstehender Matrosen starrte mich erstarrt an. Ein paar Engländer kamen herbeigerannt mit der Frage, ob mir etwas zugestoßen sei. Es war zum Aus-der-Haut-Fahren! Dort drüben schaukelte mein Dampfer aufs Meer hinaus, chinwärts — und ich stand hier! Mußte noch vierzehn Tage warten bis zum nächsten Dampfer! Es war zum Tollwerden!

Allgemach dämmerte es mir, daß es nutzlos sei, dem Dampfer noch länger nachzustarren. Innerlich kochend, suchte ich das Hotel auf, wo ich bei meiner Ankunft abgestiegen war.

Auf des Wirtes Frage nach meinem Gepäck setzte eine braune Hand mich. Hinter mir standen die beiden Rickschaleute. Ich mußte an mich halten, um nicht mit ihnen eine lausig harthölzige Unterhaltung anzufangen. So warf ich nur den Fuhrlohn in ihre offenen Hände, ging ins Zimmer, schmiß mich aufs Bett — und fluchte. Appetit hatte ich an diesem Tage keinen, auch keine Lust, auf die Straße zu gehen. Dazu hatte ich ja jetzt vierzehn geschlagene Tage Zeit. Aus dem Besuch der chinesischen Mauer, worauf ich mich ein langes Leben gesehnt hatte, wurde es wahrscheinlich nun nichts. Es war zum — — —!



Am andern Morgen klopfte es schüchtern an die Tür. Ich hatte doch dem Wirt ausdrücklich gesagt, er sollte mich ungeschoren lassen! Es klopfte wieder. Ganz sachte, fast ängstlich. Ich sprang in die Kleider, um dem Störenfried alle Schande zu sagen. Wie ich die Tür öffnete, schoben sich zwei Weibspersonchen herein — die beiden Püppchen aus dem Berggasthaus! Noch ehe ich das Rätsel überdacht hatte, knieten sie nieder, grüßten artig und bedauerten mit vielen Worten, daß ich das Schiff nicht mehr erreicht habe. Sie wünschten dem Herzen meiner Mutter Trost und Frieden, weil sie immer noch auf mich warten müsse.

Für so viel Anteilnahme an meinem Mißgeschick konnte ich nur danken und sagen, was mir passiert sei — sei nicht der Rede wert. Darob hellten sich die braunen Gesichtchen auf. Ich wurde freundlichst gebeten, nicht in dieser närrischen Stadt zu bleiben, sondern meiner bisherigen Gaststätte wieder die Ehre zu geben.

Eine solche Artigkeit besänftigt das wildeste Herz. Zwei Wochen in dem eintönigen Nagasaki bleiben, wäre auch zum Verzweifeln gewesen. Ich rief dem Wirt, um meine Rechnung zu begleichen. Unten am Hotel standen die beiden Rickschaleute bereit, denen ich die Schiffsverspätung verdankte, um mich wieder in das Gasthaus dort oben zu fahren. Sie schmunzelten. Die zwei Mädchen ebenfalls. Ein paar Minuten später knarrten vier Wägelchen den Berg hinan.

Die nächsten vierzehn Tage kamen mir noch kürzer vor als die vorhergehenden fünf. Ein Junggeselle war hier wirklich gut aufgehoben. —

Ich hatte den Rickschaleuten einen halben Jen Trinkgeld versprochen, damit ich das Schiff nicht verspätete. Zwei kleine Racker aber hatten ihnen das Doppelte bar gezahlt, damit ich das Schiff verspätete. Als ich diesen Sachverhalt herausfand, kam es mir komisch vor, mich zu ärgern. Ich hatte da Wichtigeres zu tun. Und das alte China trug ja niemand fort... Fritz Kummer.

Nacht

Nun ist es Nacht.
So paradox es klingt:
So ist dies doch der schönste Teil vom Tage.
In ein farbloses Meer versinkt
Das ewige Einerlei von Not und Plage.
Vergessen winkt . . .

Ich wühle tief
Mich ein in die mitleidigen Kissen,
Und stille wird mein schmerzlich Wissen
Und alles, was am Tage rief.

Kommt ja die Zeit,
Da auch der Tag uns gute Stunden sendet
Voll Licht und Fröhlichkeit
Und uns wohl gar zu frühe endet?
Die Zeit, die uns noch Bessres spendet
Als die Versunkenheit
Ins Nichts? — — M. Schulz.

Mutter näht

Die Mütter des arbeitenden Volkes haben viel zu sorgen und zu schaffen. Je schlechter die soziale Lage ist, um so größer ist die Arbeitslast der Mutter daheim. Dann muß sie neben der gewerblichen Arbeit, zu der sie ja oft gezwungen ist, noch so manches an Arbeit leisten, das bei besserer sozialer Lage nicht nötig wäre.

So hat jetzt eine Rundfrage, die von interessierter Seite in der Knabenkonfektion veranstaltet wurde, ergeben, daß die Eigenherstellung von Kleidung in der Familie seit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise gestiegen ist. Mutter näht zu aller Arbeit in vielen Familien auch noch die Kleidung für die Kinder. Diese Zusammenhänge zeigen, wie sehr die Muße für die Erziehung des Kindes und die Pflege des Kindes und die Harmonie im Heim abhängen von den sozialen Verhältnissen in denen die Arbeiterfamilien leben.

Waren Sie schon mal Schöffe?

Ganz ohne Warnung fliegt ein amtliches Schreiben in meinen Briefkasten. In der Gegend, wo nach ärztlicher Meinung das Herz liegen soll, spürt man eine Beklemmung. Sonderbar. Man hat sozusagen ein reines Gewissen, aber Briefe mit amtlichen Adlern verursachen Mißbehagen. In der Verschwiegenheit seiner vier Wände beseht man das schicksalsschwangere Geschoß. Schön hat es die holde Gattin entdeckt und drängt noch beklemmter: Machs schnell auf, schnell, was steht drin? Hoffst sie nun auf eine Erbschaft . . . oder traut sie mir eine Untat zu? Wer weiß!

Aus dem Kuvert mit dem amtlichen Stempel und der dräuenden Aufschrift: „Geschäftsstelle des Amtsgerichts“ fallen zwei zusammengelegte Bogen heraus. Ich öffne sie hastig und lese — erleichtert: „Sie sind entsprechend den Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes für das Geschäftsjahr zum Schöffen für das hiesige Amtsgericht ausgewählt worden.“ Die Sitzungen finden statt am . . . Das zweite Dokument entpuppt sich als ein Merkblatt für Schöffen und Geschworene. Da steht erstens: „Das Amt eines Schöffen ist ein Ehrenamt. Jeder Deutsche hat die Pflicht zur Übernahme ehrenamtlicher Tätigkeit.“ Schon fühle ich mich um zwei Zoll wachsen. Ehrenamt! Das klingt ordentlich nach Würden. Meine Frau scheint das zu merken und sagt so nebenher: Na, bild' dir man nicht zu viel ein! Worauf ich wieder zur Erde zurückkehre.

Das Merkblatt ist vier Seiten stark, enthält wichtige Hinweise über Beerdigung, Unparteilichkeit, Stellung der Schöffen vor Gericht, Abstimmung und Amtsverschwiegenheit: „Die Schöffen sind verpflichtet, über den Hergang bei der Beratung und Abstimmung Stillschweigen zu beachten.“

Am festgesetzten Tage bin ich reichlich früh zur Stelle. Denn warnend sagt ein Paragraph: „Ein Schöffe, der ohne genügende Entschuldigung zu den Sitzungen sich nicht rechtzeitig einfindet, ist zu einer Ordnungsstrafe von 1 bis 1000 Goldmark sowie in die Kosten zu verurteilen.“ Da heißt es zur Stelle sein. Bei meinem üblichen Pech bekame ich die Höchststrafe von 1000 M.

Der Sitzungssaal gähnt mir leer entgegen. Nicht ohne Beklemmung gehe ich durch die Halbtüre, die die Empore des Richtertisches vom Saal abschließt. Der Herr Staatsanwalt ist schon da und nickt mir freundlich, jawohl freundlich, zu. Noch eine dicke Polstertür, und ich stehe in einem Raum mit gelben Wänden. Durch offene Doppelfenster dringt Frühlingsluft. Mein Mitschöffe tritt ein, dann der Richter. Freundlicher Gruß, Händedruck. Man macht sich gegenseitig bekannt. Dann ist es Zeit. Die Polstertür läßt uns wieder ein.

Der Saal zeigt jetzt ein verändertes Bild. Zuschauer sitzen an der gegenüberliegenden Wand, der Gerichtsdiener wartet an der Tür. Wir nehmen Platz, der Richter in der Mitte. Zur Rechten und Linken die Schöffen. Man fühlt sich bedrückt, man erfaßt den Ernst der Stunde. Der Saal ist so ernst. An der Decke laufen kreuzweise schwere Balken. Für Sekunden hat man die Vision einer vergitterten Zelle.

Heute hält man ein winziges Stück Schicksal mit in der Hand. Wie wird man es halten, es werten können? Man leistet den Schöffeneid; man lauscht dem Verlesen der Anklageschrift. Richtig, da steht schon der arme Sünder hinter seinem Pult. Die Verhandlung ist bald in vollem Gang. Es kommen Zeugen, es gehen Zeugen. Es türmt sich Aussage auf Aussage. Man will folgen, man macht sich Notizen, man ist ernstlich bemüht, den Menschen gerecht zu werden. Das aber ist nicht leicht . . . Wort steht gegen Wort! Ist es Wahrheit, ist es Lüge? Man will in Seelen blicken und sieht nur Gesichter, sieht Menschen wie du und ich. Mitunter ist einer dabei, der ist wie eine angefaulte Frucht. Man sieht, man fühlt den schlechten Kern. Das Register seiner Strafen zeugt wider ihn. Denn es sind Strafen ohne ver-söhnliche Gründe. Andere aber reden als sprächen sie für Recht und Wahrheit. Dann hält der Richter das Ganze des Falles in der Hand.

Der Staatsanwalt hat geredet, der Angeklagte das letzte Wort genommen. Wieder ist es die Polstertür die uns einfängt. Am Tisch drinnen sitzen Richter und Schöffen. Der schwerste Augenblick ist gekommen. Kurz und klar legt der Mann im schwarzen Talar noch einmal den Fall auseinander. Dann kommt knapp und bestimmt der Wunsch, die Schöffen sollten sich äußern über Strafe und Urteil. Denn wie das Merkblatt sagt: „Schöffen entscheiden die Schuld- und Straffrage gemeinschaftlich mit den Berufsrichtern. Sie haben ebenso wie diese über das Ergebnis nach ihrer freien, aus dem Inbegriff der Verhandlung geschöpften Überzeugung zu entscheiden.“

Da sitze ich nun und fühle mich so gar nicht ehrenamtlich. Sondern ich bin ein Mensch, der durch den Zufall des Loses für heute bestimmt ist, über Mitmenschen zu Gericht zu sitzen. Ein Angeklagter hat Kinder, ist er schuldig? Die Strafe wird hoch sein . . . Wer wird dann für die Kinder sorgen?

Tausenderlei stürmt auf mich ein. Doch Aufschub gibt es nicht. Zum letztenmal schlägt der Richter im Gesetzbuch nach, um eine Zweifelssache klarzustellen. Wieder geht die Tür auf. Alles erhebt sich im Saal. Der Mann im schwarzen Talar liest langsam das Urteil vor . . . Die Würfel sind gefallen. Ich habe sie mitgeworfen . . .!

In etwas wird meine Seele wieder leichter: Denn der Verurteilte, just jener, dessen Fall am schwierigsten zu entscheiden war und menschlich am schwersten zu tragen ist, legt Berufung ein. Möge die neue Verhandlung mehr Licht bringen.

Die Stunden gehen, Verhandlung reiht sich an Verhandlung. . . Dann ist alles zu Ende. In der Brust aber ist ein Ahnen erwacht von der ungeheuerlichen Verantwortung, die der Richter trägt, der über Strafe und Schuld der Menschen täglich entscheidet. Man wünscht, daß ihr Herz offen bleiben möge und weich für die Stimme des Blutes, die oft sicherer entscheidet als Gesetz und Paragraph.

Die Arbeit der Frau

Es zeugt von einer großen Unkenntnis, wenn man die Tätigkeit der Frauen nicht voll würdigt. In der Berliner Ausstellung „Die Frau“ wird das Resultat der dreißigjährigen Tätigkeit einer thüringischen Bauersfrau folgendermaßen vergegenständlicht: 23 400 Brote und 7890 Kuchen gebacken, 29 850 Kilo Bohnen und Früchte getrocknet, 2400 Liter Konserven hergestellt, 1800 Schweine gemästet, 2880 Hühner aufgezogen, 9600 Stunden auf dem Markt gesessen, 494 Erwachsenen- und 200 Kinderkleider, 132 Männerhemden und 224 Socken gefertigt.

Nur selten kann die Tätigkeit einer Frau derart eindringlich vor Augen geführt werden. Die Hausarbeit, die Aufzucht und Erziehung der Kinder, die die Frau unter Schmerzen geboren — das alles läßt sich nicht zahlenmäßig errechnen. Dennoch ist die Arbeit der Frau auf diesen Gebieten geradezu die Vorbedingung der Kultur. Dazu kommt noch ein anderes: Die Frau ist der bedeutendste Wirtschaftsfaktor; 65 vH des Volkseinkommens laufen durch ihre Hände. Es kommt sehr wesentlich darauf an, wie die Riesensumme von 15 bis 20 Milliarden Mark, die die deutschen Hausfrauen anvertraut bekommen, in der Volkswirtschaft verwendet werden. Letztens obliegt der Hausfrau die Verteilung des Einkommens des Mannes auf die einzelnen Posten des täglichen Lebens. Daß dadurch die Konjunktur der Verbrauchsgüterindustrie weitgehend beeinflusst werden kann, dürfte nicht außer Zweifel stehen.

So ließen sich zahlreiche Belege für die Bedeutung der Tätigkeit der Hausfrau anführen. Es liegt teilweise auch an den Frauen selbst, wenn man ihr tägliches Mühen und Plagen nicht genügend würdigt.



Verbandsleben



Wie geht es am Arbeitsgericht zu?

An den Strafgerichten hat der angeklagte und hinreichend verdächtige Mensch selbst wenig für den Fortgang der Verhandlung zu tun. Da beschäftigen sich Untersuchungsrichter, Beschlußgericht und Staatsanwalt mit ihm. Und auch gegen den Vorsitzenden in der Verhandlung kann er wenig machen.

Wesentlich anders ist der Gang der Verhandlung bei den Arbeitsgerichten. Da ist der vorsitzende juristische Richter in erheblichem Umfang mit darauf angewiesenen, wie sich die Parteien verhalten und was sie für Anträge stellen. Manche Kläger, die wohl nur etwas in den Strafrechtsbetrieb geguckt haben, beachten diesen wesentlichen Unterschied nicht und kommen dann leicht ins Gedränge oder ins Hintertreffen, wenn sie am Arbeitsgericht klagen.

Das habe ich schon in der schriftlichen Klage alles aufgeschrieben, wird wohl in einer Verhandlung auf eine Frage gesagt. Worauf die Antwort kommt, daß das nicht genügt: Am Gericht muß mündlich verhandelt werden, wenn auch das Geschriebene dies mündliche Verfahren erheblich vereinfachen und abkürzen kann.

Es genügt auch keineswegs, daß etwa eine Partei immer wieder versichert und wiederholt, sie könne ihre Angaben beschwören. Vielmehr müssen Beweise angegeben werden. Als solche gelten Augen- und Ohrenzeugen, Gutachten und Urkunden. Sind Zeugen vorhanden, dann kommt es zunächst darauf an, was die sagen. Geschworen wird an den Arbeitsgerichten nicht viel, was die erfreuliche Folge hat, daß dort auch wenig Meineide und wenig Meineidsklagen entstehen.

Bei der Art, wie die Verhandlung zu führen ist, ist der Vorsitzende an die vorgeschriebene Form gebunden, was auch wieder nicht immer beachtet wird. Daß auf eine Form gehalten wird, ist auch keineswegs sinnlos oder überflüssig. Es hängt mit der Planwirtschaft, mit der sachlichen Ordnung, der „heil'gen, segensreichen Himmelstochter“ zusammen.

Ist eine Sache aufgerufen, so werden wohl erst die Beisitzer kurz über den Grund einer Klage vom Vorsitzenden unterrichtet. Dann wird der Kläger ersucht, zu sagen, was er will und wie er es beweisen kann. Danach bringt die andere Partei vor, was sie zu sagen hat und bietet etwaige Gegenbeweise an. Wenn so klar gestellt ist, was beide Parteien wollen, dann werden die Beweise geprüft und Zeugen vernommen. Das ist oft genug eine kitzliche Sache. Sagt ein Zeuge nicht „voll und ganz“ so aus, wie es die Partei erwartet, dann steht diese Partei auf glühenden Kohlen und möchte dem Zeugen wohl auf die Sprünge helfen. Hui fährt aber da wohl gleich der Vorsitzende dazwischen, der die Absicht oder doch die Wirkung einer Beeinflussung des Zeugen argwohnt. Für das Gericht ist der Zeuge ja keine Schadensversicherung dessen, der ihn angegeben hat. Der Zeuge soll auch keine Werturteile abgeben, wie etwa, daß der andere ein schlechter Mensch sei, er soll nur einfach Tatsachen bekunden, nach denen er gefragt wird. Ganz ohne Beachtung dessen, wie diese Tatsachen nachher vom Gericht gewürdigt werden.

Auch ein Zeuge stößt aus diesem Grunde leicht an, wenn er sich nicht in die Mitte vor den Vorsitzenden stellt, sondern zu der Partei, die seine Ladung beantragt hat. Wobei sich der Zeuge ja zumeist allerdings gar nichts denkt, sondern ebenso mechanisch handelt, als wenn ein Hustender andere ohne Absicht auf den Plan rufft, die es hören und dann auch ohne Wollen einem Reiz zum Husten nachgeben.

Die Parteien können die Zeugen auch befragen, indes muß vorher die Vernehmung der Zeugen durch den Vorsitzenden abgeschlossen sein. Oft ist eine Partei betreten und verschüchtert, wenn sie bei unzeitigen Fragen zurechtgewiesen wird und dann verängstigt übersieht, wenn die rechte Zeit gekommen ist.

Ist das Urteil gesprochen, dann ist es meist nicht angebracht, persönliche Bemerkungen oder gefühlsmäßige Aufwühlungen folgen zu lassen. Ein kleiner Unglücksmeister, der es nach einem Urteil als „bekannt“ hinstellt, daß am Arbeitsgericht nur die Arbeiter recht kriegen, wurde gleich wegen Ungebühr vor Gericht zur Verbüßung einer Haftstrafe abgeführt.

Wohl ist es gut, auf die Angaben des Vorsitzenden über die Berufungsmöglichkeit zu hören. Das Arbeitsgericht entscheidet endgültig bei Klagebeträgen bis 300 Mark. Ist der „Wert des Streitgegenstandes“ höher, dann können die Parteien mit einer Berufung ans Landesarbeitsgericht gehen. Sie können auch aus grundsätzlichen Erwägungen beantragen, daß ein Urteil berufungsfähig gemacht wird, wenn die Streitsumme unter 300 Mark bleibt.

Am Arbeitsgericht erscheinen viele Parteien mit dem Vertreter ihrer Organisation. Es ist dabei aber doch gut, wenn auch die Parteien selbst einigermaßen wissen, was und wie gespielt wird. Es verschafft Achtung und Gewicht. W. H.

Vom deutschen Arbeitsmarkt

Nach den letzten Meldungen der Reichsanstalt beträgt die Zahl der bei den Arbeitgebern gemeldeten Arbeitslosen 5.596.000. Diese Zahl liegt um 499.000 oder 7,4 vH unter dem wahren Standpunkt, während im Vorjahre eine Erhöhung erst in der zweiten Märzhälfte festzustellen war, die bis Ende März nur 5.000 betrug. In der Arbeitslosenversicherung zeigt die Zahl der Hauptberufungsanmeldungen auf 626.000 zurück, während in der Krisenperiode, abgesehen von Ausreißern, nicht mehr stattfand, die Zahl der Unterstützungsanmeldungen nur 1.470.000 betrug. Von den Wahlberechtigten werden dagegen immer noch 2.373.000 Arbeitslose befreit. Aber auch diese Zahl sinkt um 120.000 Personen im Früh-

willigen Arbeitsdienst werden gegenwärtig rund 214.000 junge Arbeitnehmer beschäftigt. Die Entlastung ist fast ausschließlich auf beginnende Saisonarbeiten zurückzuführen. In der Produktionsmittelindustrie fanden Einstellungen größeren Umfangs bisher noch nicht statt.

Die Bedeutung der öffentlichen Arbeitsbeschaffung ist daher trotz des Rückgangs der Arbeitslosigkeit heute größer denn je, da wohl kaum damit zu rechnen ist, daß durch eine Wiederbelebung der Wirtschaft das riesige Arbeitslosenheer in absehbarer Zeit wieder in den Arbeitsprozeß eingeschaltet wird. Die gesamte Wirtschafts- und Sozialpolitik steht und fällt mit der Frage der Arbeitsbeschaffung, denn es ist zu bedenken, daß nicht nur die Zahl der obengenannten Menschen keinen Erwerb haben, sondern daß darüber hinaus noch mindestens 1,5 bis 2 Millionen, die bei der Zählung durch die Arbeitsämter nicht erfaßt werden, ohne Existenz sind.

Die Gewerkschafts-Internationale nach Paris verlegt

Der Ausschuß des Internationalen Gewerkschaftsbundes tagte am 9. und 10. April in Zürich. Sechzehn Landeszentralen waren vertreten. Deutschland hatte keinen Vertreter entsendet. Im Anschluß an ein Referat des Sekretärs Schevenels über die Lage der Gewerkschaften in Deutschland wurde nach einer lebhaften Aussprache einstimmig beschlossen, den Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes sofort nach Paris zu verlegen, da er in Berlin nicht mehr die Möglichkeit habe, so ungehindert zu arbeiten, wie es im Interesse der internationalen Arbeiterklasse unbedingt notwendig ist. Außerdem wurde beschlossen, die Bildung von Unterstützungsfonds für Flüchtlinge unverzüglich einzuleiten.

Der Ausschuß beschloß ferner, eine aus dem Vorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes Citrine (England) und Jonhaux (Frankreich) bestehende Kommission zum Studium der wirtschaftlichen Lage nach Österreich zu entsenden.

Christliche Gewerkschaften feiern 1. Mai

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften hat an seine Verbände die Aufforderung gerichtet, sich geschlossen an den Feiern am 1. Mai zu beteiligen. Im Anschluß an die offiziellen Feiern wird die Abhaltung einer zusätzlichen Veranstaltung der christlich-nationalen Gewerkschaften empfohlen, und zwar soll die Feier durch eine möglichst geschlossene Beteiligung am konfessionellen Gottesdienst in den einzelnen Orten beginnen. Außerhalb Berlins (wofür das offizielle Programm noch nicht festliegt) sollen sich die Ortskartelle und Gruppen der christlichen Gewerkschaften an den offiziellen Veranstaltungen beteiligen, und dies in möglichst geschlossener Form und, soweit es angebracht ist, unter Mitführung der Embleme und Zeichen der christlich-nationalen Arbeiterschaft. Farben in schwarzrotgold kommen nicht in Frage. Um Mißverständnissen oder einem Durcheinander vorzubeugen, sollen sich die Bezirks- und Ortskartelle mit den zuständigen Instanzen rechtzeitig in Verbindung setzen.

NSBO und Stahlhelm-Selbsthilfe zugelassen

Nach dem Gesetz vom 4. April 1933 wurde bestimmt, daß der Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister und dem Reichsminister der Justiz durch Verordnungen andere Vereinigungen, als die bisher zugelassenen, für die Prozeßvertretung vor den Arbeitsgerichtsbehörden gleichstellen kann. Inzwischen hat in einer Verordnung vom 8. April 1933 der Reichsarbeitsminister verfügt, daß die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation und die Stahlhelm-Selbsthilfe den im § 11 des Arbeitsgerichtsgesetzes in den Abschnitten 1 und 2 bezeichneten wirtschaftlichen Vereinigungen gleichgestellt werden.

Die Verordnung bezweckt lediglich die Berechtigung zur Prozeßvertretung einer Vereinigung, ohne eine Entscheidung über ihre Eigenschaft als tariffähige Vereinigungen zu treffen. Es sind also nur die beiden Organisationen zugelassen. Die Zulassung der gelben Werkvereine und der wirtschaftsfriedlichen waterländischen Arbeitervereine ist nicht erfolgt. Der Reichsarbeitsminister führte aber in einem Rundschreiben zu der Verordnung aus, daß außer den bisher zugelassenen Vereinigungen einschließlich der beiden genannten auch der Zulassung aller andern Verbände und Vereine nichts im Wege steht, soweit ein Verband als wirtschaftliche Vereinigung (tariffähige Vereinigung) anzusehen ist, ohne daß es dazu einer ausdrücklichen Verleihung einer Befugnis auf Grund des Gesetzes vom 4. April bedarf.

Drei Jahre Lohnsenkung

Wie sich die Löhne seit dem Beginn der Wirtschaftskrise verändert haben, kann man einigermaßen zuverlässig aus der amtlichen Statistik entnehmen. Dabei ist folgendes zu beachten: Das tatsächliche Einkommen des Arbeiters besteht in der Regel nicht nur aus den Tariflöhnen, sondern auch aus den durch Akkordarbeit oder sonstigen Lohnzulagen bestehenden Überverdiensten. Diese Überverdienste sind sehr viel krisenempfindlicher als die Tariflöhne. Anders gesagt: Die Überverdienste haben sich stärker gesenkt als die Tariflöhne. Ferner ist als ganz besonders wichtig zu beachten, daß eine Hauptbeschwerde der Zeit darin besteht, daß nur wenig mehr als die Hälfte der Industriearbeiter beschäftigt sind. Die andere Hälfte erhält also nicht die Tariflöhne; ihr Einkommen ist auf Null eingeschrumpft, abgesehen von der gezahlten Unterstützung.

Die Verschlechterung der Lage der Arbeiterschaft im allgemeinen durch die Krise wird nicht allein durch die Senkung der Tariflöhne bestimmt, sondern stärker noch durch die Arbeitslosigkeit einerseits und die Kurzarbeit andererseits. Diesen drei Einschränkungsvorgängen (Senkung des Tariflohns, Senkung der Überverdienste, Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit) steht als eine in diesem Sinne günstig wirkende Tatsache gegenüber, daß auch die Preise gesunken sind, so daß also die Kaufkraft des Lohnes nicht in dem Maße eingeschrumpft ist wie der Lohn. Unter diesem Gesichtspunkte wolle man nachstehende Tabelle über die Entwicklung der Tariflöhne seit 1926 bewerten.

	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932
Januar . . .	83,6	84,4	91,7	98,9	102,6	102,1	84,9
Juli	83,5	89,8	96,7	101,9	102,9	96,5	81,4
Dezember . .	84,3	91,4	98,8	102,5	102,8	94,2	80,1

Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750-6753

Mit Sonntag, dem 30. April, ist der 18. Wochenbeitrag für die Zeit vom 30. April bis 6. Mai 1933 fällig.

Nach dem Beschluß vom Vorstand und Erweiterten Beirat ist bis auf weiteres das Beitrittsgeld auf die Hälfte der statutarischen Sätze aus § 3 Abs. 4 ermäßigt.

Das Beitrittsgeld beträgt danach
für männliche über 18 Jahre alte Personen . . . 50 Pf.
für weibliche über 18 Jahre alte Personen . . . 25 Pf.
für Jugendliche beiderlei Geschlechts
sowie für Lehrlinge 15 Pf.

An die auswandernden Mitglieder

Mitglieder, die im Ausland reisen und kein Reisegeld erheben, müssen zur Erhaltung ihrer Mitgliedschaft, unter Einsendung ihres Mitgliedsbuches, beim Verbandsvorstand in Berlin Stundung der Beiträge beantragen.

Im Ausland arbeitende Mitglieder, die an ihrem Arbeits- oder Wohnort einer Metallarbeiterorganisation nicht beitreten oder zu einer solchen nicht übertreten können, haben sich nach § 5 Abs. 5 und § 34 des Verbandsstatuts unter Einsendung ihres Mitgliedsbuches beim Verbandsvorstand als Einzelmitglied anzumelden.

Bei Nichtbeachtung dieser statutarischen Bestimmungen erlischt die Mitgliedschaft und kann nach etwaiger Rückkehr die erloschene Mitgliedschaft nicht fortgesetzt werden.

Die Ortsverwaltungen werden dringend gebeten, die Kollegen, die sich zu einer Reise ins Ausland oder zur Auswanderung abmelden, auf die statutarischen Bestimmungen aufmerksam zu machen.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse
der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (V. a. G.)
Hamburg, Rothenbaumchaussee 20

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im 1. Quartal 1933

Krankenkasse:	
Einnahmen	155 759,45 M
Ausgaben	238 310,98 .
Mehrausgaben	82 551,53 M
Kassenbestand am 1. Januar 1933	1 912 523,63 .
Kassenbestand am 31. März 1933	1 829 972,10 M
Sterbekasse:	
Einnahmen	103 925,04 M
Ausgaben	110 208,13 .
Mehrausgaben	6 283,09 M
Kassenbestand am 1. Januar 1933	1 851 358,34 .
Kassenbestand am 31. März 1933	1 845 075,25 M

Kollegen aller Berufe! Schützt euch und eure Familie im Krankheitsfall vor Hunger und Not und tretet in die Metallarbeiterkrankenkasse ein. Folgt nicht den Lockungen der Agenten der bürgerlichen Versicherungen, wo ihr nur zu zahlen, aber nichts zu sagen habt. Bewahrt euch vor Schaden dadurch, daß ihr euch nur bei euren eigenen Unternehmungen versichert. Heute ist die Notwendigkeit der Zugehörigkeit zu einer guten Zuschußkasse dringender denn je; denn der bei den Pflichtkassen erfolgte Abbau kann nur durch die Leistungen der Zuschußkassen wieder ausgeglichen werden. Im Jahre 1880 von Arbeitern gegründet, besitzt die Kasse heute über 1000 Verwaltungsstellen, die sich über das ganze Deutsche Reich erstrecken. Der Beitritt kann bei den örtlichen Verwaltungsstellen jederzeit erfolgen, oder man wende sich an die Hauptverwaltung: „Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (V. a. G.), Hamburg 13, Rothenbaumchaussee 20.“

Hamburg, im April 1933

Der Vorstand

Beachtliche Änderung des Betriebsrätegesetzes

Das Betriebsrätegesetz schützt durch den § 84 den Arbeitnehmer vor ungerechtfertigter Entlassung oder gab ihm das Recht, im Falle der Kündigung bei dem Arbeiter- oder Angestelltenrat Einspruch zu erheben. Nunmehr bestimmt das neue „Gesetz über Betriebsvertretungen und wirtschaftliche Vereinigungen“:

„Das in § 84 des Betriebsrätegesetzes vorgesehene Recht des Einspruchs gegen die Kündigung eines Arbeitnehmers besteht nicht, wenn die Kündigung mit dem Verdacht staatsfeindlicher Einstellung begründet wird. Der Arbeitnehmer kann binnen einer Woche die nach Artikel I § 2 zuständige Behörde (das ist die oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Behörde oder für Reichsbetriebe die zuständigen Reichsbehörden) anrufen. Diese entscheiden nach Anhörung der Beteiligten, ob der Verdacht gerechtfertigt ist. Verneint sie dies, so gilt die Kündigung als zurückgenommen.“

Diese Einengung des Gesetzes schafft bedenkliche Zustände. Der Begriff „Verdacht staatsfeindlicher Einstellung“ ist so unbestimmt, daß recht bald eine Klärung erfolgen sollte. Wenn jemand den Vorwurf des Verdachtes staatsfeindlicher Einstellung erhebt, dann kann eine willkürliche Annahme genügen, um einen Arbeitnehmer außer Lohn und Brot zu bringen.

Fritz Hertig †

Aus Altenburg kommt die Botschaft, daß der Kassier unserer Verwaltungsstelle, Fritz Hertig, gestorben ist. Er trat in jungen Jahren, 1892, dem Verbands bei. Sein gewerkschaftlicher Eifer war mustergültig. Nachdem er, lange vor dem Kriege, verschiedenes Ehrenämter im Verbands bekleidet hatte, wurde er 1919 zum Kassier ernannt. Er hat seine Pflicht voll und ganz, und nicht nur im DMV, sondern auch in anderen Teilen der Gewerkschaftsbewegung, denn er war Vorsitzender des Ortsausschusses des ADGB und der Ortskrankenkasse. Durch seine anerkanntwertige Tätigkeit hat er sich bei seinen Kollegen ein dauerndes Andenken gesichert.

Wie stehts mit der Wirtschaftskrise?

An welchem Punkt der Krise stehen wir? Ist noch eine weitere Verschärfung, ist eine Stabilisierung auf dem heute erreichten Tiefstand zu erwarten, oder wird in nächst absehbarer Zeit bereits ein gewisser Anstieg eintreten?

Es sind im wesentlichen zwei Faktorenreihen, die dem Kapitalismus Ventile zur Überwindung der Krisen schufen: Es ist einerseits die Eroberung neuer Märkte, auf der anderen Seite die Entwertung des Kapitals, ein starker Preisfall, der die Voraussetzung für eine Neuankurbelung der Produktion im Binnenland schafft.

Dieser Vorgang spielte sich in früheren Krisen in folgender Weise ab: Es ergab sich in der Krise ein Preisfall, eine Einschränkung der Produktion, Arbeitslosenziffern, die im Vergleich zu heutigen Ziffern allerdings minimal waren. In der Krise wurden natürlich von den noch beschäftigten Unternehmen weiter Profite gemacht. Das neu gebildete Kapital wurde aber zunächst nicht in der Produktion angelegt, weil ja an sich schon die Produktions- wie die Beschäftigungsziffern rückläufig waren. Dieses Kapital kam also an die Geldmacht, und wenn der Prozeß einige Zeit lang gedauert hatte, wurden die Geld- und Zinssätze so verbilligt, daß den Unternehmern dadurch ein Anreiz zu neuen Investitionen gegeben wurde. Wichtig war weiter dabei, daß in der ganzen bisherigen Krisengeschichte in der Zeit des Überganges zur Depression und dann zum Aufstieg die Preise im allgemeinen stärker gefallen sind als die Löhne, und da die Arbeitslosigkeit im Verhältnis zu heute geringfügig war, so stieg bereits die Reallohnsumme am Ausgang der Krise, im schlechtesten Falle blieb sie stabil, und dieses Steigen schuf natürlich neue Absatzmöglichkeiten. Wie aber sieht es jetzt aus?

Auch in dieser Krise haben die noch beschäftigten Unternehmen und Betriebe Profite gemacht; auch in dieser Krise wurden die Profite bisher nicht zu Investitionen in den Unternehmen benützt, weil an sich der Absatz ständig rückläufig war; auch in der Krise wanderten daher diese Profite als Kapital auf den freien Geldmarkt, so daß dort eine stärkere Geldflüssigkeit eintrat und der Zinssatz für tägliches Geld auf ein Minimum herabsank.

Und gerade dieser Zustand der Geldmärkte hat die bürgerlichen Wirtschaftler vielfach verführt, an eine baldige Wiederankurbelung der Produktion zu glauben, indem sie annehmen, daß die Überwindung der Krise sich analog wie die Überwindung der früheren Krisen vollziehen würde. Aber trotz der Überfülle des Geldmarktes denken die Unternehmer in der ganzen Welt nicht daran, größere Beträge in der Produktion zu investieren.

Der mangelnde Investitionswille der Unternehmer hat sehr granitene ökonomische Gründe: Die Ankurbelung der Produktion in der Krise geschah früher — wie immer wieder betont — durch die Eroberung neuer Märkte. Der Eroberung neuer Märkte sind heute überall außerordentlich schwer zu überwindende Schranken gesetzt. Die Tatsachen sind ja allgemein bekannt. Wir haben in allen Kolonialländern eine immer stärker sich ausbreitende nationale Bewegung, eine eigene Industriebildung, wir haben statt des zaristischen Rußlands, das ein klassisches Aufmarschgelände für industrielle Expansion war — Sowjetrußland. Wir haben im Gefolge des Versailler Vertrages eine Unzahl neuer Staaten in Europa, die hinter Zollmauern eine eigene Industrie aufbauen. Wir haben in den kapitalistischen Zentren eine immer mehr verstärkte Schutzzollpolitik, immer mehr verstärkte Abschnürungstendenzen.

Wie aber steht es im Inland? Da ist festzustellen, daß gerade infolge der verschärften Konkurrenzkämpfe um die Weltmärkte in den einzelnen Ländern ein unerhörtes Rationalisierungstempo eingetreten ist. Die außenpolitische Folge ist, daß die Kriegsgefahr ständig wächst; die ökonomische Folge ist, daß die einzelnen kapitalistischen Länder, um der immer schärferen Konkurrenz begegnen zu können, in verschärftem Tempo ihre Betriebe modernisieren, alles das tun, was man unter dem Worte „Rationalisierung“ zusammengefaßt hat.

Daraus ergibt sich eine Erscheinung, die der Kapitalismus in seiner aufsteigenden Epoche niemals gekannt hat: Die wachsenden Arbeitslosenzahlen bereits in der Konjunktur.

Die starken Arbeitslosenzahlen in der Zeit der Wirtschaftsbüße sind in der Krise geradezu ins Riesige gewachsen, und gleichzeitig damit hat ein Lohnabbau eingesetzt in einem Umfang und in einem Tempo, für das wir aus der Geschichte des Kapitalismus keine Parallelen haben. Es erübrigt sich, hierüber Zahlenmaterial zu bringen. Es ist nur ganz international festzustellen, daß der Preisfall in allen hochkapitalistischen Ländern bisher geringer war als der wirkliche Lohnabbau, und daß die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten rapid gesunken ist. Daher haben wir in allen kapitalistischen Ländern ein außerordentlich starkes Sinken der Kaufkraft der Arbeiter.

Es ist selbstverständlich, daß infolgedessen die Absatzmöglichkeiten im Binnenland nicht verstärkt werden. Dazu kommt aber noch: In den Konjunkturen, die früheren Krisen vorausgingen, war der technische Fortschritt zwar gegeben, aber nicht in einem Tempo, wie es in der Nachkriegszeit der Fall ist. In der Konjunktur wurden die Maschinen fast zu 100 vH ausgenützt, in den Krisen oft noch zu 70 bis 80 vH. Das Risiko neuer Investitionen war daher nur ein mäßiges. In der Rationalisierungskonjunktur dagegen, die dieser Weltkrise vorausgegangen ist, wurden die Maschinen vielfach nur noch zu 70 vH beschäftigt, und in der Krise ist der Produktionsrückgang ein so riesiger, daß zum Beispiel in der amerikanischen Schwerindustrie an manchen Stellen nur noch 15 vH der Produktionsfähigkeit ausgenützt werden. Weil dem so ist und dazu der Konsum der Massen noch weiter sinkt, scheuen die Unternehmer die Investitionen für neue Maschinen, da ja die alten kaum beschäftigt sind.

Widerspricht dem nicht, daß vom Sommer zum Herbst des vergangenen Jahres die Produktionszahlen in den entscheidenden hochkapitalistischen Ländern, in den Ver-

einigten Staaten und Deutschland, etwas gestiegen sind? Prüfen wir: Eine Belebung der Exportindustrie war damals nicht eingetreten, im Gegenteil, die Statistik des Welthandels zeigt, daß im dritten Vierteljahr 1932 der Welthandel nicht nur wert-, sondern auch mengenmäßig zurückgegangen ist. Die immer stärkeren Abschnürungstendenzen der Länder gegeneinander machten sich deutlich bemerkbar. Stärkere Investitionen der Unternehmer haben in diesem Zeitraum nicht stattgefunden. Von den Produktionsmittelindustrien her war also keine Belebung eingetreten. Wenn wir die Lohnentwicklung in Amerika und Deutschland in diesem Zeitraum betrachten, so zeigte sie keine aufsteigende Kurve. Die Kaufkraft der breiten Massen der Arbeiter und Angestellten ist also damals nicht gewachsen. Woher also kam diese wenn auch nicht sehr beträchtliche Produktionssteigerung damals, auf die hin manche Optimisten den neuen „Silberstreifen“ prophezeiten?

Die Antwort, die die Vierteljahrshefte für Konjunkturforschung geben, scheint die richtige zu sein: Dort wird darauf hingewiesen, daß der Handel, der im Verlauf der Krise seine Lagerbestände auf ein Mindestmaß herabgesetzt hatte, in diesem Zeitraum wegen der Unsicherheit der weiteren Preisentwicklung seine Vorräte stärker ergänzt hat. Es fand also damals nicht ein verstärkter Absatz an den letzten Konsumenten statt, der einen wirklich objektiven Faktor in der Richtung einer Ankurbelung der Produktion bedeutet hätte, sondern lediglich eine Verschiebung von der Industrie zum Handel. Und so zeigten denn auch die letzten Monate des vergangenen Jahres und die ersten in diesem Jahre, daß von einer aufsteigenden Produktionsentwicklung im gesamten Weltkapitalismus nicht die Rede sein kann.

Amerika gegen die Arbeitslosigkeit

Seitdem der Präsident Roosevelt ins Weiße Haus eingezogen ist, läuft die Maschine der Gesetzgebung auf höchster Tourenzahl. Verschiedene Gesetze beziehen sich auf die Milderung der Arbeitslosigkeit. Sie enthalten die Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten, Subventionen der Bundeskasse an die Staaten, um die Erwerbslosen zu unterstützen, Zusammenfassung von Arbeitslosen in einer Art Armee zur Aufforstung von Wäldern. Ferner soll für die Eisenbahnen ein Kommissar — Zar sagt man in Amerika — eingesetzt werden, um sie rentabel zu machen und um unrentable Linien zusammenzufassen.

Dem Gesetz für die Arbeitslosenarmee entnehmen wir, daß ihre Angehörigen für ein Jahr eingestellt werden sollen. Sie

werden unentgeltlich genährt, gekleidet und beherbergt und erhalten außerdem einen Lohn von 30 Dollar (120 Mark) im Monat. Ärztliche Hilfe und Krankenhausbehandlung sind ebenfalls frei. Ihre Arbeit soll in Aufforstung von Wäldern, Entwässerung und Bauten gegen Überschwemmung bestehen. Es wird angenommen, daß auf diese Weise 250 000 Mann von der Straße weggenommen werden können.

Gegen diese Maßnahme hat der Amerikanische Gewerkschaftsbund etliche Bedenken heftig geltend gemacht. Er befürchtet, daß diese Arbeitslosenarmee sich zur Zwangsarbeit oder zum Militärdienst auswachsen könne, zumal diese Arbeiten unter militärischer Kontrolle vor sich gehen sollen. Der Präsident Roosevelt hat diesen Einwänden in hohem Grade Rechnung getragen. Das Gesetz wurde von den beiden Parlamenten mit beträchtlichen Mehrheiten angenommen.

Bald darauf hat sich das Oberhaus (Senat) mit einem Gesetzentwurf beschäftigt, der als die Follette-Costigan-Bill bekannt ist. Sie sieht die Bewilligung von 500 Millionen Dollar als Arbeitslosenhilfe vor. Diese Summe soll, wie oben erwähnt, an die Staaten gegeben werden, damit diese den Arbeitslosen eine bessere Hilfe als bisher angedeihen lassen. Diese Summe wird in der amerikanischen Presse als ein „glattes Geschenk für die Staaten“ genannt. Der Präsident hat zugestimmt und der Senat hat den Entwurf mit 55 gegen 17 Stimmen angenommen.

Es sind noch andere Maßnahmen zur Milderung der Arbeitslosennot in Vorbereitung. Da seit Roosevelts Amtsantritt ein sozialer Zug durchs Weiße Haus und die Bundesverwaltung geht, kann angenommen werden, daß die genannten gesetzlichen Maßnahmen nur der Anfang eines großen Programms zur Eindämmung der Geißel der Menschheit, der Arbeitslosigkeit, ist.

Italiens Industrie im Jahre 1933

Seit Schaffung des vor kurzem gegründeten Instituts für industriellen Wiederaufbau (Istituto di Ricostruzione Industriale) ist das Schicksal der italienischen Großindustrie noch stärker mit dem Schicksal des italienischen Staates verflochten worden. An die Stelle der Banken als Finanzierungsinstitut ist jetzt diese neue aus staatlichen Mitteln gespeiste Einrichtung getreten, die den Unternehmen, die äußerlich ihren privaten Charakter behalten haben, langfristige Kredite für ihre technische, wirtschaftliche und finanzielle Reorganisation zur Verfügung stellt.

Die Weltwirtschaftskrise ist selbstverständlich an der italienischen Industrie nicht spurlos vorübergegangen. Auch in Italien zeigt sich die Krise ähnlich wie in den anderen Ländern in starker Schrumpfung der Produktion und zunehmender Arbeitslosigkeit, wenngleich der geringere Grad der Industrialisierung in diesem Land — eine italienische Großindustrie gibt es erst seit wenigen Jahrzehnten — die Erscheinungen weniger deutlich hervortreten läßt als in den großen Industriestaaten. Stark ist vor allem im letzten Jahr der Produktionsrückgang für Seide, Superphosphate, Band- und Stabeisen sowie Stahl gewesen. Dagegen wird beim Kupfersulfat von einer Steigerung der Produktion berichtet. Ebenso konnte die Elektrizitätserzeugung anwachsen, die sich besonderer staatlicher Unterstützung in den letzten Jahren erfreute. Ihre Kapazität betrug im Jahre 1929 1,35 Millionen Kilowatt und hat nunmehr 4,49 Kilowatt erreicht.

SALEM GOLD EXTRA MILD

EXTRA MILD

3 1/3

